

18. Wahlperiode

---

## Antrag

der Fraktion der CDU

### **Flächendeckende Einführung von Dokumentenprüfgeräten durch die Bezirke in ihren Bürgerämtern**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. darauf hinzuwirken, dass in allen bezirklichen Bürgerämtern elektronische Dokumentenprüfgeräte zur Erkennung gefälschter Personaldokumente eingeführt und eingesetzt werden, und
2. die Finanzierung der Anschaffung und der laufenden Aktualisierung der Dokumentenprüfgeräte durch die Bezirke zu unterstützen.

---

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 28.02.2017 zu berichten.

#### ***Begründung:***

Die zweifelsfreie Feststellung der Identität eines Menschen ist ein hohes Gut und die Grundlage eines vertrauensvollen Umganges zwischen Individuen. Sie ist aber auch die Basis eines funktionierenden Verhältnisses zwischen dem Staat und den hier lebenden Menschen.

Die große Zahl an Menschen, die in den vergangenen 18 Monaten in Deutschland Schutz gesucht haben, hat die Notwendigkeit einer funktionierenden Identitätsfeststellung deutlich gemacht. Das verantwortliche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) versichert, dass man alle Anstrengungen unternehme, um gefälschte Papiere zu identifizieren. So sind seit März 2016 von 53.603 geprüften Dokumenten 3311 beanstandet worden. Dies entspricht einem Anteil mutmaßlicher Fälschungen von ungefähr sechs Prozent.

Eine möglichst einwandfreie Identitätsfeststellung ist nicht nur bei der Einreise wichtig. Wie die Erfahrungen des Pilotbezirkes Neukölln gezeigt haben, können durch die Einführung von Dokumentenprüfgeräten zahlreiche Betrugsversuche durch gefälschte Personaldokumente effektiv aufgedeckt werden.

Die Antwort des Senates vom 04.03.2015 auf die Schriftliche Anfrage Drucksache 17/15588 hat folgende wesentlichen Erkenntnisse ergeben:

1. Im Jahre 2014 sind beim Einsatz eines Dokumentenprüfgerätes bei der Kriminaltechnik des LKA 674 Personaldokumente überprüft und hierbei rund 58 % (387 Dokumente) als gefälscht festgestellt worden, darunter überwiegend ausländische Personaldokumente.
2. Beim Einsatz von elektronischen Dokumentenprüfgeräten in den drei Bürgerämtern des Bezirks Neukölln im Zuge eines Pilotprojekts sind im Jahre 2014 50 gefälschte Personaldokumente und allein in den Monaten Januar und Februar 2015 20 gefälschte Personaldokumente festgestellt worden.
3. Der Polizeiliche Staatsschutz stellte seit 2008 mindestens acht betrügerische Kontoeröffnungen durch islamistische Extremisten unter Verwendung gefälschter Personaldokumente fest, die zur Finanzierung des Jihads missbraucht worden sind.
4. Zudem wurden bei dem für die allgemeine Urkundenfälschung und Dokumentenkriminalität zuständigen Fachbereich des LKA seit 2012 bis zu 9 Fälle bearbeitet, in denen durch gefälschte Dokumente Meldebescheinigungen erwirkt und diese zur Scheinlegalisierung des Aufenthaltes und zur Begehung weiterer Straftaten einschließlich des Kontoeröffnungsbetruges verwendet wurden.
5. Seit 2012 sind 12 Fälle erkannt worden, in denen durch die Vorlage gefälschter Personaldokumente die Aufnahme in das deutsche Meldewesen erreicht und der Bezug von staatlichen Leistungen unberechtigt erschlichen worden ist. Der Schaden soll zwischen 20.000,00 € und 40.000,00 € pro Fall betragen.

Es ist davon auszugehen, dass in den Bürgerämtern der Berliner Bezirke, in denen keine elektronischen Dokumentenprüfgeräte eingesetzt werden, eine hohe Zahl von gefälschten Personaldokumenten unerkannt bleibt. Dies hat zur Folge, dass den Verwendern Meldebescheinigungen erteilt werden, die diese sodann für Leistungsbetrug, Kontoeröffnungsbetrug und andere Straftaten missbrauchen. Hierdurch entsteht ein erheblicher Schaden.

Durch den Einsatz elektronischer Dokumentenprüfgeräte können gefälschte Personaldokumente schnell und sicher erkannt werden. Das ist im Allgemeinwohlinteresse.

Die Kosten der Beschaffung und Aktualisierung der Dokumentenprüfgeräte sind erheblich geringer als der durch den Missbrauch gefälschter Personaldokumente entstehende Schaden.

Berlin, den 24. November 2016

Graf Dregger  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU